



Dezember 2006

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Dezember 2006

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.104 West / 396 Ost)
Erhebungszeitraum:	04. bis 05. Dezember 2006 Sonntagsfrage: 04. bis 06. Dezember 2006
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %
Durchführendes Institut:	Infratest dimap
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert
	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Dezember 2006
42.80.44017

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2006

Nach einem Tief im September hat die Zahl der Bundesbürger, die die Verhältnisse in Deutschland zuversichtlich betrachten, zum Jahresende deutlich von 28 auf 36 Prozent zugenommen. Der gestiegene Optimismus der Bundesbürger geht einher mit dem Glauben, dass es wieder aufwärts geht. Eine Einschätzung, die zumindest die Hälfte der Bevölkerung (49 Prozent) teilt. Als Nutznießer der konjunkturellen Entwicklung werden bislang aber vor allem Unternehmen, die öffentliche Hand (jeweils 89 Prozent) sowie die Aktionäre (87 Prozent) gesehen, weniger dagegen Arbeitnehmer (36 Prozent), Arbeitslose (27 Prozent) und Steuerzahler (16 Prozent). Zudem überwiegt die Angst, dass die Konjunktur mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr wieder einbricht (61 Prozent).

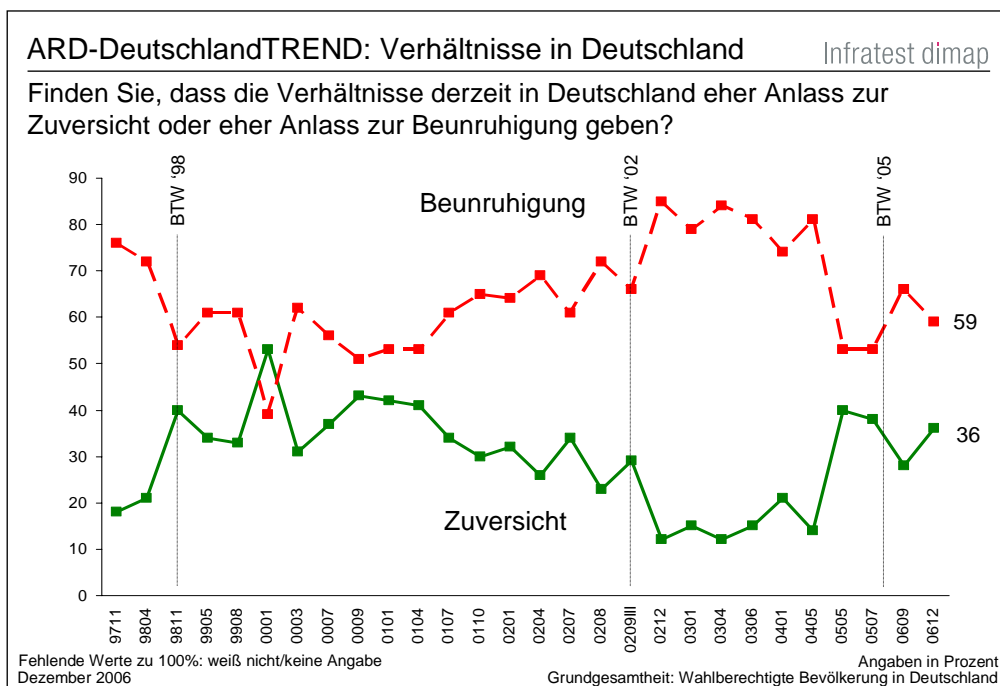
Auch wenn die Bundesbürger der Nachhaltigkeit des derzeitigen Aufschwungs noch nicht trauen und der Politik letztlich auch keinen unmittelbaren Verdienst an der positiven Arbeitsmarktentwicklung zuweisen, profitiert die Bundesregierung in ihren Zustimmungswerten. Im Vergleich zum Vormonat konnte die Bundesregierung ihr Ansehen bei den Bürgern merklich verbessern. Statt 19 Prozent äußern sich nunmehr 29 Prozent zufrieden zur Arbeit der großen Koalition. Von den Kabinettsmitgliedern ist es die Bundeskanzlerin, die sich in ihren persönlichen Werten am meisten verbessern kann (+10 Punkte) und nunmehr wieder auf Rang Zwei hinter Bundesaußenminister Steinmeier liegt. Auch in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger legt sie zu und vergrößert den Vorsprung auf einen möglichen SPD-Herausforderer Kurt Beck von 5 auf nunmehr 11 Punkte.

Von der gebesserten Regierungsbewertung profitiert in der politischen Stimmung allein die Union. Sie könnte bei einer Bundestagswahl derzeit mit einem Stimmenanteil von 35 Prozent rechnen. Gegenüber dem Vormonat legt sie 4 Punkte zu. Die SPD hätte unverändert 31 Prozent in Aussicht. Der Zuwachs der Union geht vor allem zu Lasten der FDP. Die Liberalen verlieren 3 Punkte im Vergleich zum letzten DeutschlandTREND und kämen aktuell auf 10 Prozent. Verluste von 1 Punkt haben die Grünen hinzunehmen, mit 11 Prozent lägen sie derzeit allerdings vor der FDP. Auch die Linkspartei.PDS gibt 1 Punkt ab. Sie würde momentan 8 Prozent erzielen. Auf die sonstigen Parteien entfielen zusammen genommen 5 Prozent (+1).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Dezember, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 4. bis 5. Dezember 1.000, für die Sonntagsfrage vom 4. bis 6. Dezember 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

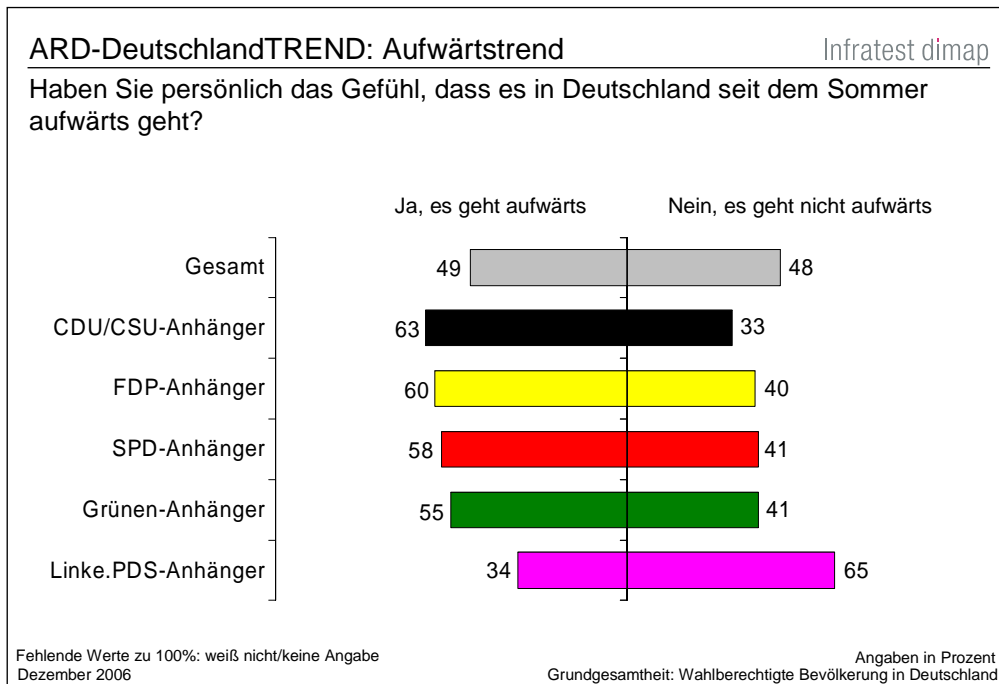
Lage in Deutschland: Zuversicht steigt wieder

Die Verhältnisse in Deutschland geben der Mehrzahl der Bürger (59 Prozent) eher Anlass zur Beunruhigung als zur Zuversicht. Grund zum Optimismus sehen demgegenüber nur 36 Prozent der Bevölkerung. Vor allem in der zweiten Amtsperiode von Rot-Grün überwog der Pessimismus in der Bevölkerung besonders deutlich. Erst im Mai 2005 verbesserte sich mit der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen für den Bundestag die Stimmung erheblich. Nach einem Tief im September hat sich die Stimmung in den letzten Monaten allerdings etwas aufgehellt und die Zahl der Personen, die optimistisch in die Zukunft blicken, hat wieder zugenommen.



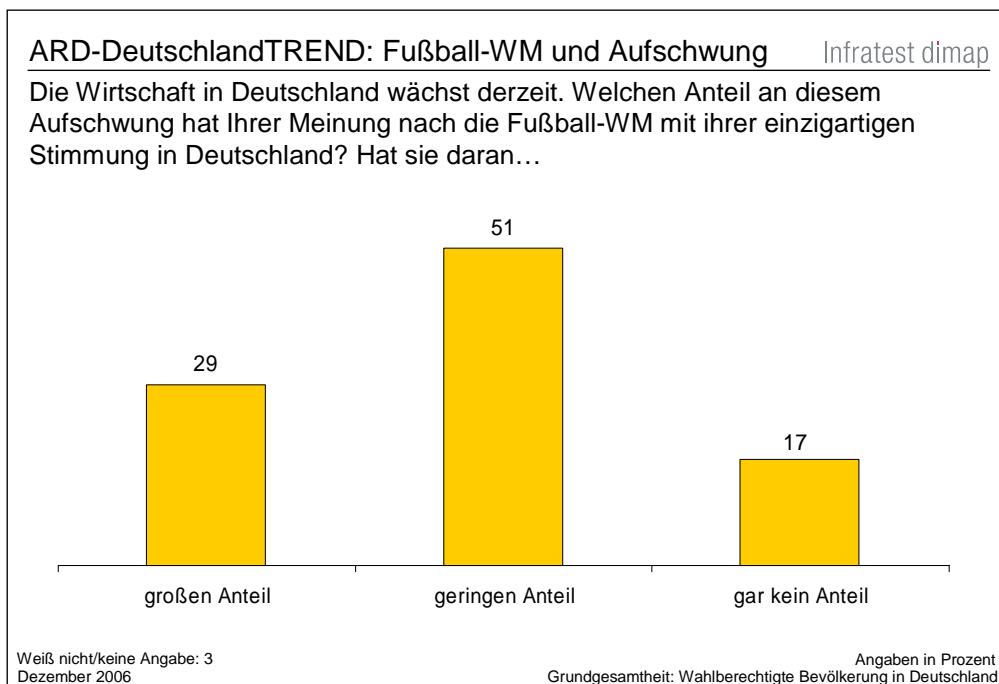
Jeder Zweite registriert Aufschwung in Deutschland

Parallel zur etwas aufgehellten Grundstimmung sind gute Konjunkturdaten und sinkende Arbeitslosenzahlen Indizien dafür, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht. Dieser Einschätzung schließt sich auch die Hälfte der Bevölkerung (49 Prozent) an. Bei der anderen Hälfte (48 Prozent) hat sich hingegen das Gefühl, dass es hierzulande eine deutliche positive Entwicklung gibt, noch nicht eingestellt.



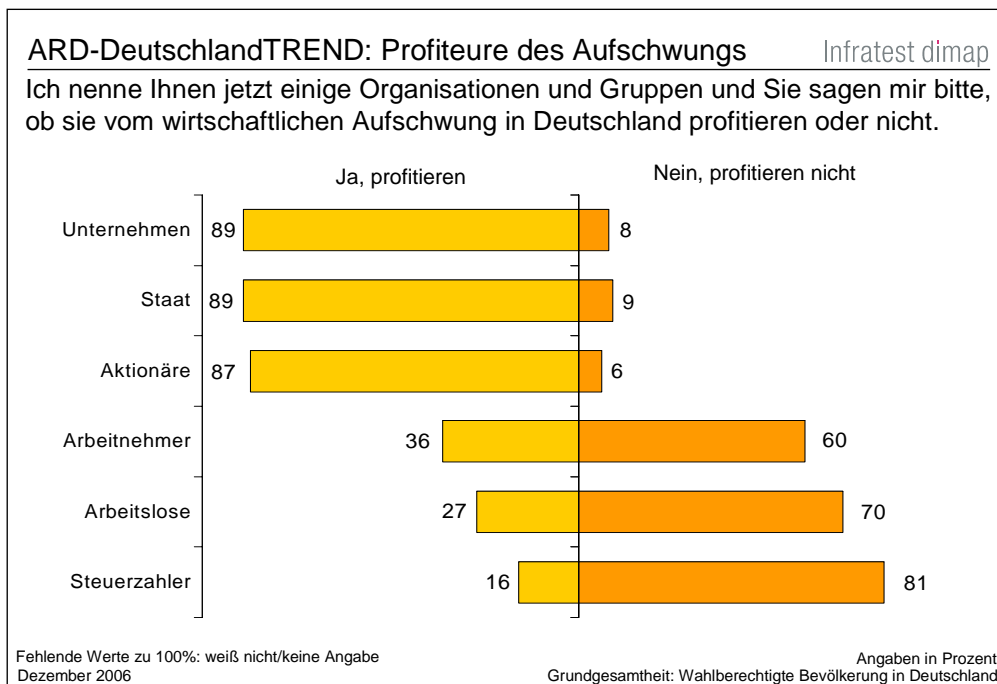
Einen Aufwärtstrend verspüren Personen in selbständiger oder leitender Position, mit hoher formaler Bildung bzw. guten Einkommen überdurchschnittlich häufig. Auch die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass in den Reihen fast aller Parteien mehrheitlich Optimismus vorherrscht. Ausnahme sind die Anhänger der Linkspartei.PDS sowie Nichtwähler und Unentschlossene, die mit großer Mehrheit keinen Aufwärtstrend verspüren. Gleiches gilt für Arbeiter, Arbeitslose und Bürger in den neuen Bundesländern.

Einen wesentlichen Beitrag zur besseren Stimmung in Deutschland hat nach Meinung vieler die Fußballweltmeisterschaft geleistet. Mit dem Ereignis wurde auch die Hoffnung verbunden, dass das WM-Turnier die Wirtschaft nachhaltig beflügeln wird. Diese Erwartung wurde nach Einschätzung von drei Zehntel der Bürger (29 Prozent) auch voll und ganz erfüllt – sie glauben, dass der Weltmeisterschaft ein großer Anteil an der wirtschaftlichen Erholung zukommt. Jeder Zweite (51 Prozent) sieht ebenfalls einen Beitrag der WM zur Konjunktorentwicklung, hält ihn aber eher für gering. Nur eine kleine Gruppe von 17 Prozent vertritt die Ansicht, die Weltmeisterschaft hätte keinerlei Einfluss auf die Konjunktur gehabt.



Vorteile aus dem Aufschwung ungleichmäßig verteilt

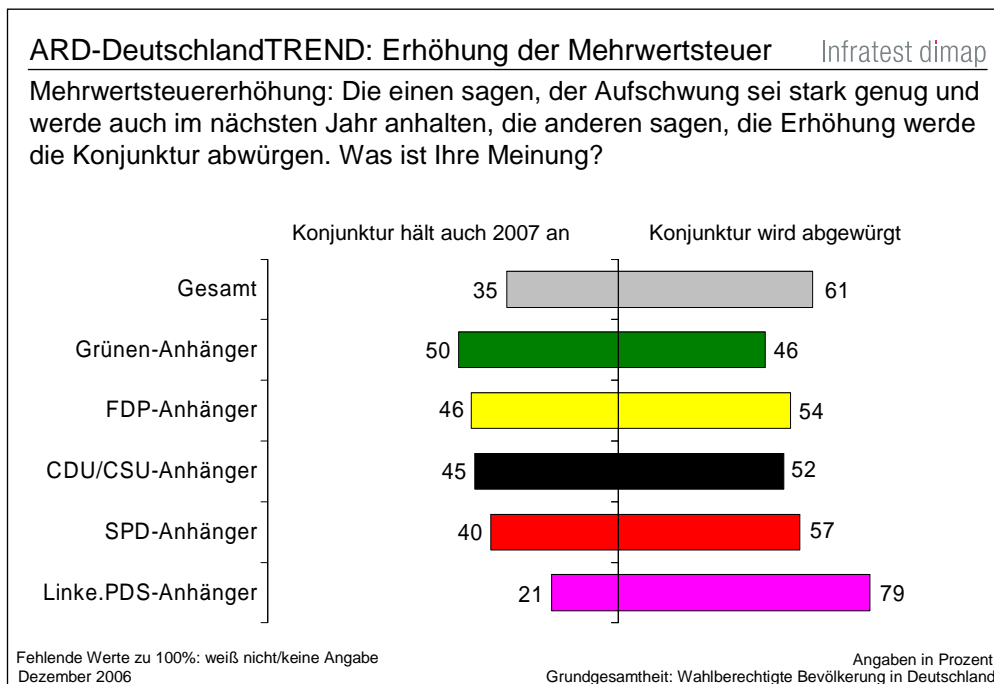
An den Ergebnissen der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland partizipieren die einzelnen Gruppen in der Gesellschaft nach Meinung der Bürger in sehr unterschiedlichem Maße. Nahezu einhellig wird die Einschätzung geteilt, dass die Unternehmen vom derzeitigen Aufschwung profitieren. Im gleichem Maß sieht man zudem die öffentliche Hand als einen Gewinner der guten Konjunktur (89 Prozent). Auch die Aktionäre können sich nach Ansicht von 87 Prozent über den wirtschaftlichen Erfolg im Land freuen.



Nur gut ein Drittel (36 Prozent) glaubt auf der anderen Seite, auch die Arbeitnehmer würden von der Konjunktorentwicklung profitieren. Trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen sieht nur jeder Vierte (27 Prozent) den Aufschwung bereits bei den Arbeitslosen angekommen. Die Steuerzahler können schließlich nach Einschätzung von nur 16 Prozent einen Gewinn aus der wirtschaftlichen Entwicklung ziehen.

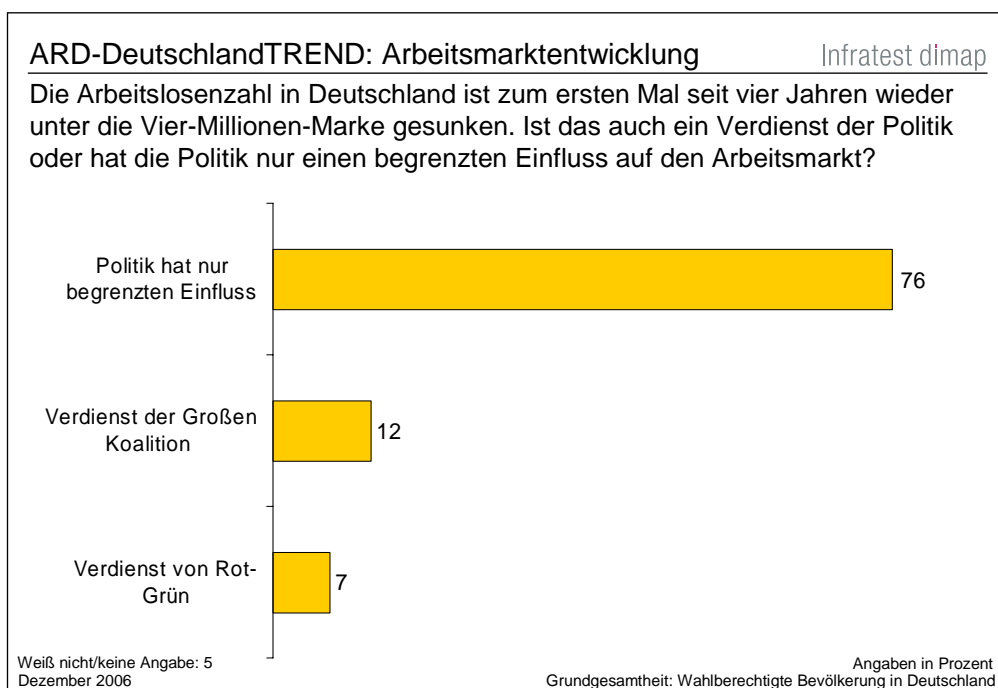
Mehrheit fürchtet Ende des Aufschwungs nach Mehrwertsteuererhöhung

Dass sich der derzeitige Aufschwung ungeachtet der Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr fortsetzt, erwartet zudem nur gut jeder dritte Bundesbürger (35 Prozent). Sechs von zehn (61 Prozent) befürchten stattdessen, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Konjunktur abwürgen könnte. Diese Skepsis überwiegt in allen Bevölkerungsgruppen. Vergleichsweise optimistisch sind die Anhänger der Grünen (50 Prozent), der FDP (46 Prozent) und der Union (45 Prozent), ausgesprochen skeptisch die der Linkspartei (79 Prozent).



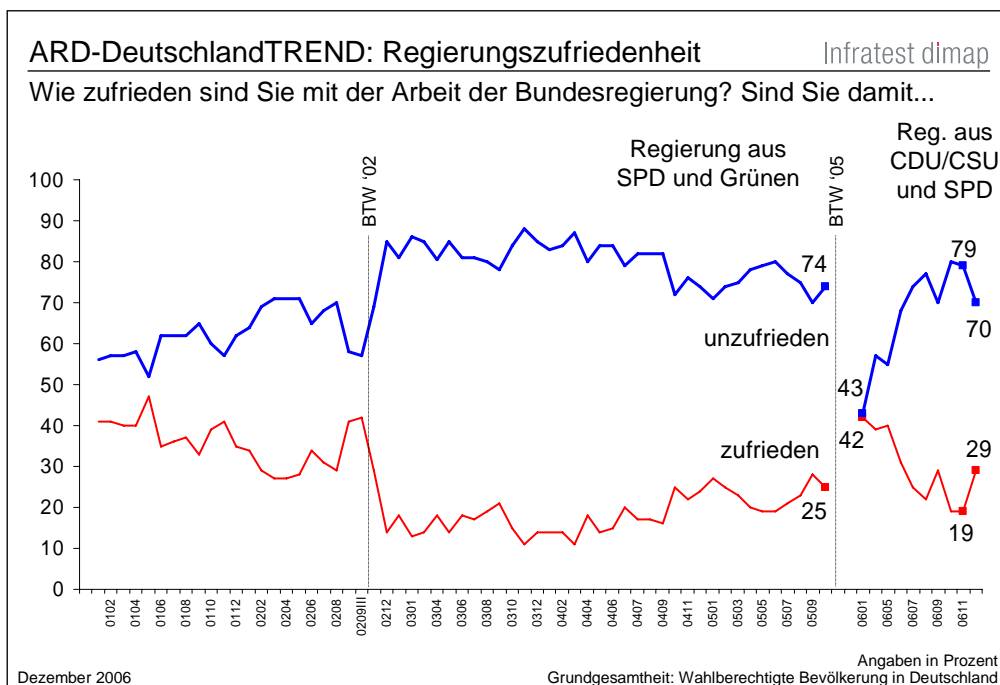
Sinkende Arbeitslosigkeit: Drei Viertel sieht keinen Verdienst der Politik

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist erstmals seit vier Jahren die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen auf weniger als 4 Millionen gesunken. Nur knapp jeder fünfte Bundesbürger sieht in den aktuellen Zahlen allerdings ein unmittelbares Verdienst der Politik, wobei von 12 Prozent die Wende am Arbeitsmarkt der großen Koalition und von 7 Prozent der rot-grünen Vorgängerregierung zugeschrieben wird. Drei Viertel (76 Prozent) halten die sinkenden Arbeitslosenzahlen weder der großen Koalition noch der rot-grünen Vorgängerregierung zugute, sie gehen stattdessen von einem generell begrenzten Einfluss der Politik auf den Arbeitsmarkt aus.



Ansehen der Bundesregierung wieder besser

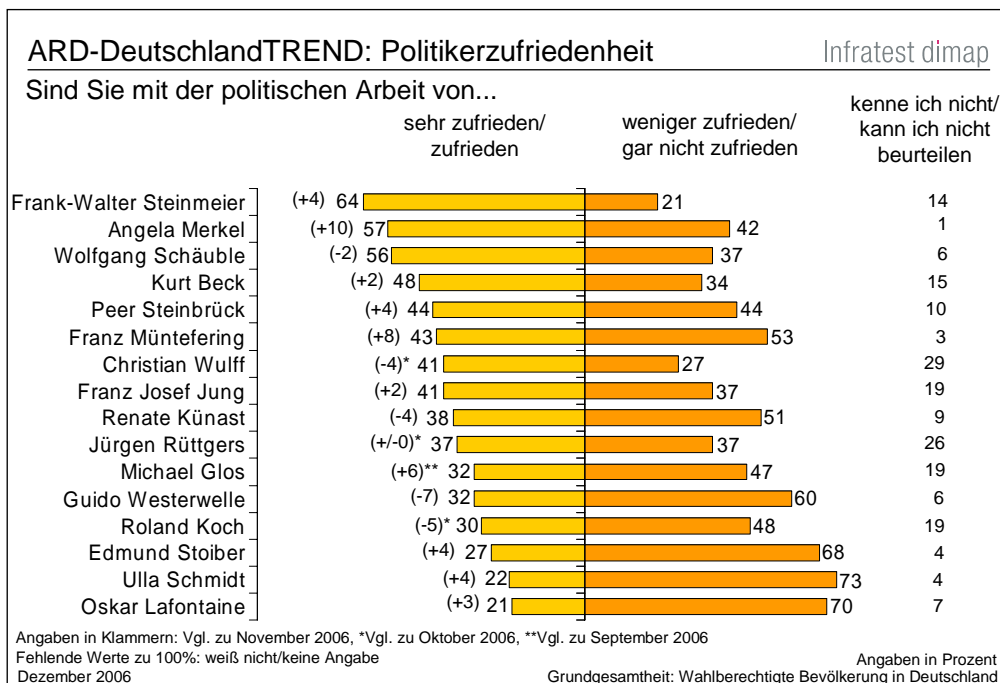
Auch wenn die Bundesbürger der Nachhaltigkeit des Aufschwungs noch nicht trauen und der Politik letztlich auch keinen unmittelbaren Verdienst an der positiven Arbeitsmarktentwicklung zuweisen, profitiert die Bundesregierung in ihren Zustimmungswerten. Im Dezember erklären 29 Prozent, sie seien mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Die Mehrheit von 70 Prozent äußert indes mehr oder minder harsche Kritik am Kurs des Berliner Kabinetts. Im Vergleich zum Vormonat konnte die Bundesregierung damit ihr Ansehen bei den Bürgern merklich verbessern. Im November erhielt sie von lediglich 19 Prozent gute Noten für ihre Leistungen, während ihr 79 Prozent ein schlechtes Zeugnis ausgestellt haben.



Der Zuwachs an wohlwollenden Bewertungen hat allerdings nur in den Lagern der beiden Koalitionspartner stattgefunden: In der Wählerschaft der Union stieg der Anteil günstiger Meinungen um 7 Punkte auf jetzt 50 Prozent, womit sich positive und kritische Stimmen hier nun annähernd die Waage halten. In den Reihen der SPD behalten trotz einer deutlichen Zunahme der positiven Äußerungen um 15 Punkte die skeptischen Urteile mit 64 Prozent weiterhin klar die Oberhand.

Ansehen der Politiker: Merkel nach Parteitag gestärkt

Die meisten Spitzenpolitiker können bei ihren Ansehenswerten in den zurückliegenden Wochen ein Plus verzeichnen, nur wenige müssen Imageverluste hinnehmen. Angeführt wird die Liste weiterhin von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der von 64 Prozent der Bundesbürger für seine Arbeit gelobt wird, ein Zuwachs von 4 Punkten im Vergleich zum November. Auf dem CDU-Parteitag in Dresden stand die Vorsitzende Angela Merkel im Fokus der Aufmerksamkeit und ging mit einem guten Ergebnis bei ihrer Wiederwahl gestärkt aus dem Delegiertentreffen hervor. Vor diesem Hintergrund hat sich der Zuspruch, den Merkel bei der Bevölkerung findet, um 10 Punkte verstärkt. Damit liegt sie mit einem Anteil positiver Bewertungen von 57 Prozent wieder auf Rang zwei, vor Innenminister Schäuble mit 56 Prozent (-2 Punkte).



Mit einigem Abstand folgt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck mit einer Zustimmungquote von 48 Prozent (+2). Finanzminister Peer Steinbrück konnte um 4 Punkte zulegen und erreicht im Dezember 44 Prozent günstige Bewertungen. Deutlich verbessert hat sich das Ansehen des Vizekanzlers: Franz Müntefering wird derzeit von 43 Prozent (+8 Punkte) der Bundesbürger für seine Arbeit gelobt.

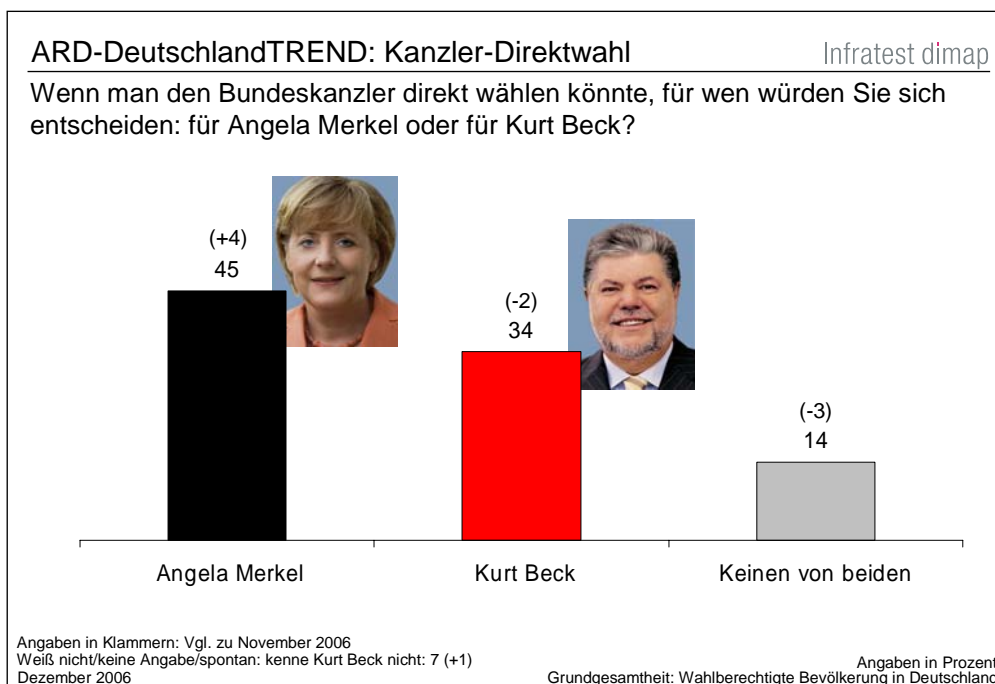
Die auf dem CDU-Parteitag abgestraften Ministerpräsidenten halten sich auf der Sympathieskala im Mittelfeld – weit hinter ihrer Parteivorsitzenden Merkel. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff erreicht eine Zustimmungsrate von 41 Prozent. Sein Kollege Jürgen Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen kommt auf 37 Prozent günstige Bewertungen. Der hessische Regierungschef Roland Koch erreicht 30 Prozent.

Unter den Oppositionspolitikern im deutschen Bundestag kann die Fraktionschefin der Grünen Renate Künast mit 38 Prozent die meiste Zufriedenheit auf sich vereinigen. Gegenüber dem Vormonat muss sie allerdings einen Ansehensverlust von 4 Punkten hinnehmen. Das Minus für den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle fällt mit 7 Punkten noch deutlicher aus; er genießt derzeit das Wohlwollen von 32 Prozent der Bevölkerung.

Am Ende der Popularitätsskala rangieren trotz Verbesserungen nach wie vor der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (27 Prozent, +4), Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (22 Prozent, +4) und der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Oskar Lafontaine (21 Prozent, +3).

Kanzlerpräferenz: Wachsender Vorsprung für Angela Merkel

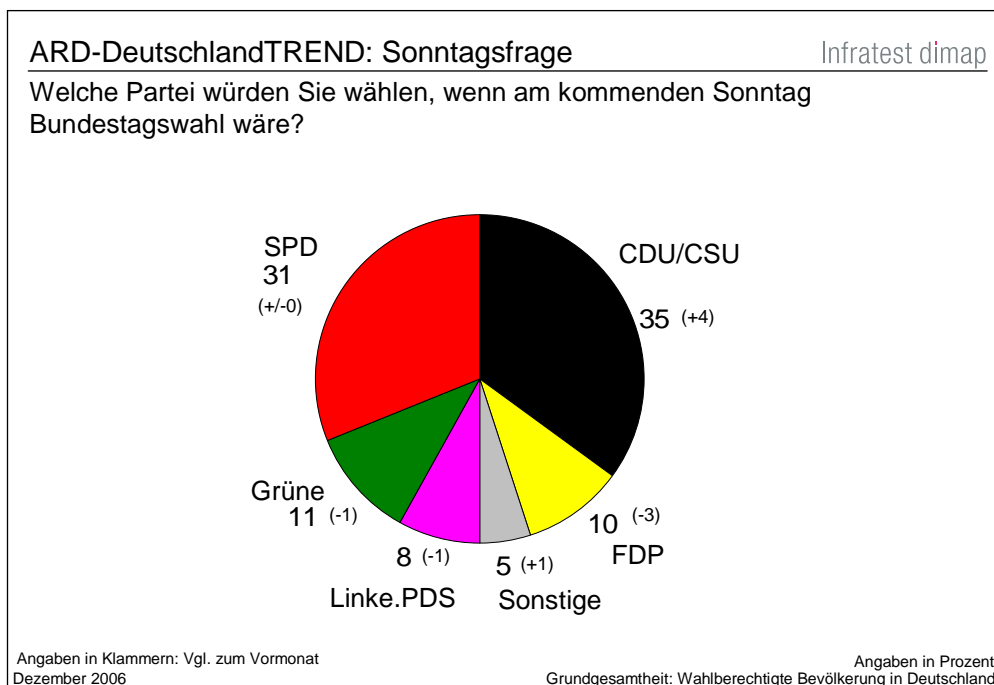
Der momentane Rückenwind für Angela Merkel zeigt sich auch in der Kanzlerpräferenz der Bundesbürger. Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers könnte die Amtsinhaberin 45 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, für einen möglichen SPD-Herausforderer Kurt Beck würden sich 34 Prozent der Wähler entscheiden. Im Vergleich zum November legt Merkel um 4 Punkte zu, während der Sozialdemokrat 2 Punkte abgibt. Der Vorsprung der amtierenden Regierungschefin hat sich damit von 5 auf nunmehr 11 Punkte vergrößert.

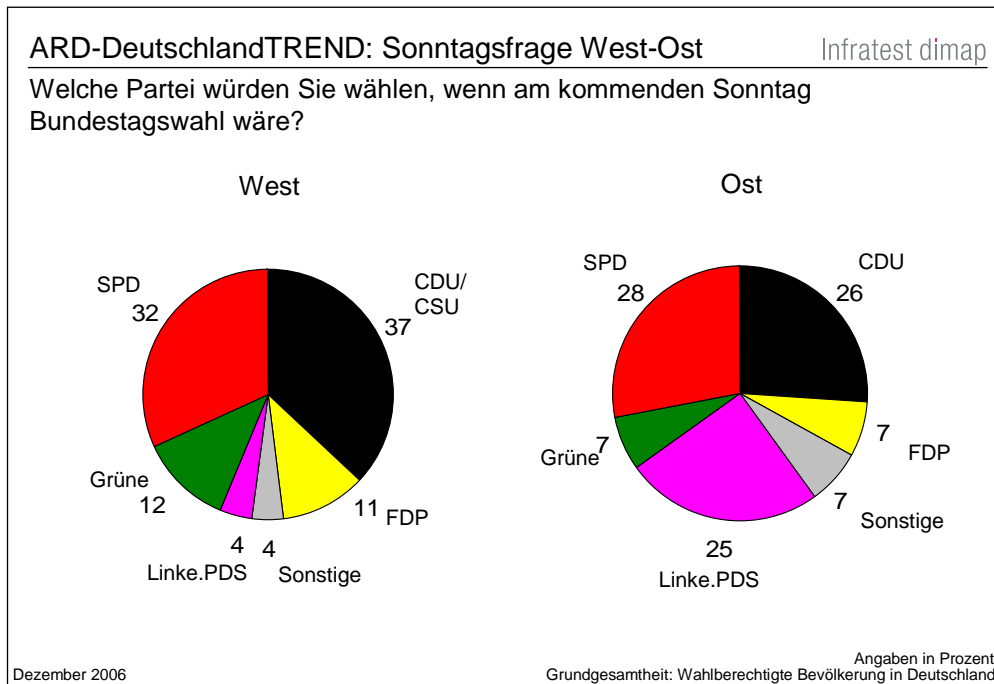


Die Anhänger der Unionsparteien stehen mit 83 Prozent unverändert geschlossen hinter ihrer Kanzlerin. Der Rückhalt für Kurt Beck in den eigenen Reihen fällt demgegenüber mit 67 Prozent (+2) nach wie vor weit weniger stark aus.

Sonntagsfrage: CDU profitiert von besserer Regierungsbewertung

Von der gebesserten Regierungsbewertung profitiert in der politischen Stimmung allein die Union. Sie könnte bei einer Bundestagswahl derzeit mit einem Stimmenanteil von 35 Prozent rechnen. Gegenüber dem Vormonat legt sie 4 Punkte zu. Die SPD hätte unverändert 31 Prozent in Aussicht. Der Zuwachs der Union geht vor allem zu Lasten der FDP. Die Liberalen verlieren 3 Punkte im Vergleich zum letzten DeutschlandTREND und kämen aktuell auf 10 Prozent. Verluste von 1 Punkt haben die Grünen hinzunehmen, mit 11 Prozent lägen sie derzeit allerdings vor der FDP. Auch die Linkspartei.PDS gibt 1 Punkt ab. Sie würde momentan 8 Prozent erzielen. Auf die sonstigen Parteien entfielen zusammen genommen 5 Prozent (+1).



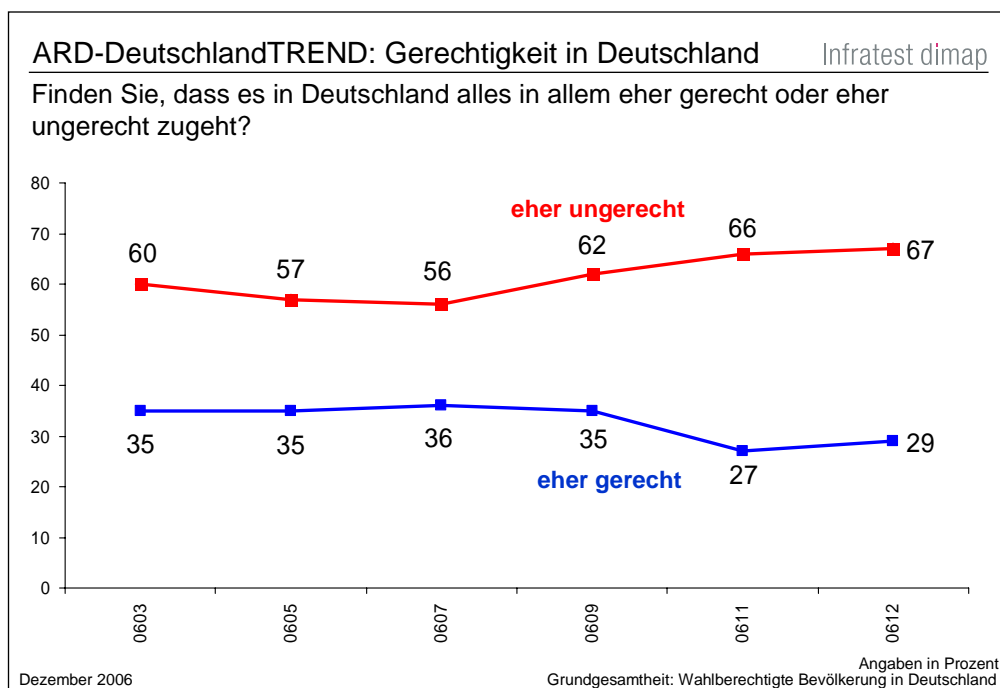


In den alten Bundesländern kann sich die Union mit 37 Prozent von der SPD absetzen, die dort wie gehabt auf 32 Prozent käme. Die FDP fiele mit 11 Prozent knapp hinter die Grünen (12 Prozent). Die Linkspartei käme in den alten Bundesländern auf 4 Prozent. In den neuen Bundesländern wäre derzeit die SPD mit 28 Prozent stärkste Partei vor der CDU mit 26 Prozent und der PDS mit 25 Prozent. FDP und Grüne lägen in den neuen Ländern mit 7 Prozent momentan gleichauf.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Gerechtigkeitsdefizite vor allem hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit und dem Verhältnis von Leistung und Gehalt im Topmanagement

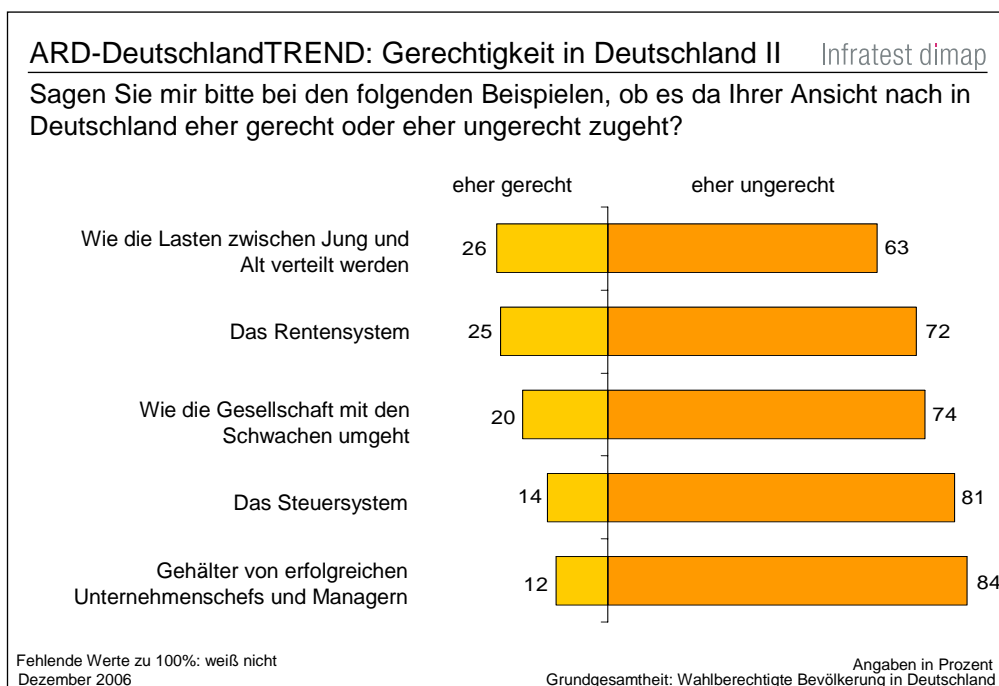
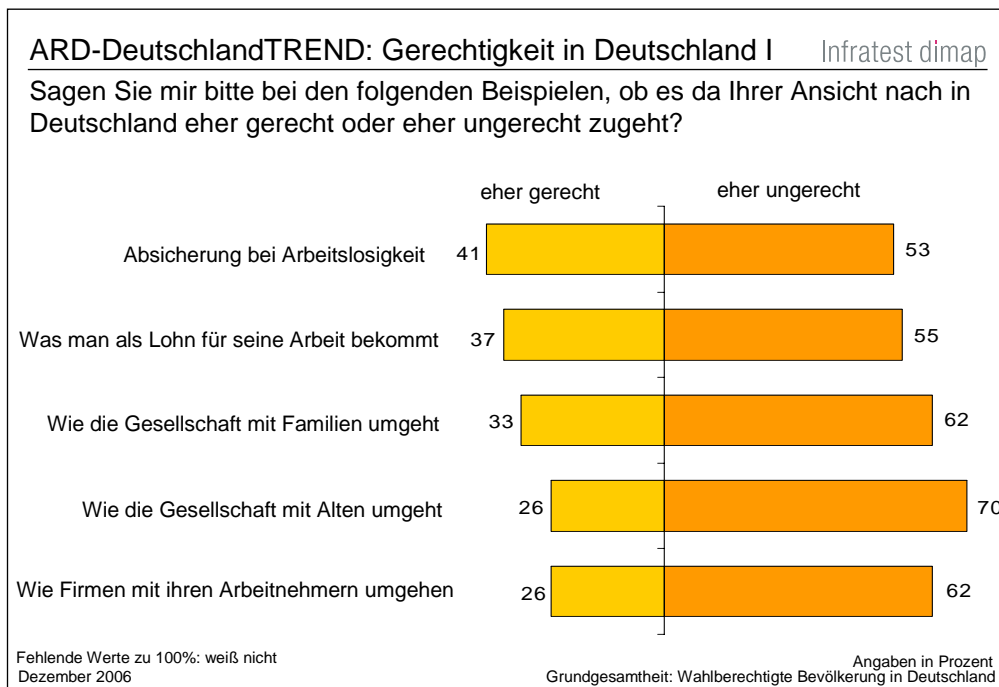
Die Mehrheit der Bundesbürger beklagt seit geraumer Zeit eine Gerechtigkeitslücke in Deutschland. Ein Urteil, das sich mit der zuletzt gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber Fragen von sozialer Ausgrenzung in der Bevölkerung auf hohem Niveau verfestigt hat. Wie im Vormonat bezeichnen aktuell zwei von drei Bundesbürgern (67 Prozent; -1 Punkt) die Verhältnisse im Land als eher ungerecht, drei von zehn sehen sie alles in allem als gerecht (29 Prozent; +2 Punkte) an.



Die Bewertung der Gerechtigkeitssituation im Land teilt die Bundesbürger in wirtschaftliche Pessimisten und Optimisten sowie in politisch Zufriedene und Unzufriedene: Wer die derzeitigen Verhältnisse als gerecht beurteilt, glaubt an den Aufschwung und seine Fortsetzung im nächsten Jahr und ist zugleich mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Wer dagegen ungerechte Verhältnisse in Deutschland ausmacht, ist skeptisch gegenüber dem Aufschwung sowie ängstlich hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung nach dem Jahreswechsel. Zudem steht er der aktuellen Regierungsarbeit in Berlin kritisch gegenüber.

Insbesondere die Bürger in den neuen Bundesländern, Personen mit niedriger Schulbildung und niedrigem Einkommen sowie Erwerbslose betrachten die hiesigen Verhältnisse als ungerecht. Die Klage ungerechter Verhältnisse überwiegt zugleich in den Reihen aller Parteien, besonders deutlich aber in den Anhängerschaften von Linkspartei, von politisch randständigen Parteien und unter den Bundesbürgern, die aktuell nicht an Wahlen teilnehmen würden.

In ihrer aktuellen Kritik an ungerechten Verhältnissen stoßen sich die Bundesbürger weniger an der Leistungsgerechtigkeit in der Entlohnung für die Mehrzahl der Arbeitnehmer in den Unternehmen und Betrieben (55 Prozent) oder aber den bestehenden Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit (53 Prozent). Größere Defizite machen die Bundesbürger vielmehr hinsichtlich der Generationengerechtigkeit aus: Sechs von zehn (63 Prozent) sehen beispielsweise mittlerweile die Lasten zwischen Jung und Alt ungerecht verteilt, sieben von zehn (72 Prozent) machen Gerechtigkeitsdefizite im bestehenden Rentensystem aus.



Noch häufiger werden Mängel in der Verteilungsgerechtigkeit und damit bei der staatlichen Umverteilung gesichtet: So problematisieren drei Viertel der Bundesbürger (74 Prozent) den generellen Umgang mit den sozial Schwachen, acht von zehn (81 Prozent) betrachten das Steuersystem als ungerecht. Am stärksten herausgefordert aber wird derzeit das Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen durch die Bezüge im Topmanagement großer Unternehmen. 84 Prozent betrachten deren Höhe als nicht mehr angemessen.

Entscheidend dafür, ob man die generellen Verhältnisse in Deutschland als gerecht bewertet oder nicht, ist nicht die Kritik an zu hohen Managergehältern oder das Empfinden von Defiziten in der Verteilungs- und Generationengerechtigkeit. Hier stimmen letztlich diejenigen, die die deutschen Verhältnisse als gerecht empfinden mit denen prinzipiell überein, die generell ungerechte Verhältnisse beklagen. Was beide Gruppen letztlich trennt, ist neben der ungleichen Sicht auf die bestehenden Systeme der Arbeitslosenunterstützung vor allem ein unterschiedliches Empfinden gegenüber der lohnbezogenen Leistungsgerechtigkeit.

Investivlöhne für sechs von zehn gute Idee

Als ein Weg, die Arbeitnehmer verstärkt an den Gewinnen zu beteiligen, wird derzeit die Einführung von Investivlöhnen diskutiert. Sechs von zehn Bundesbürgern halten dies für eine gute Idee (57 Prozent), vier von zehn (38 Prozent) äußern sich kritisch. Die Idee, künftige Lohnsteigerungen nicht bar auszuzahlen, sondern in Form einer Beteiligung am Unternehmen anzulegen, findet unter den Berufstätigen vor allem bei den leitenden Angestellten einen großen Anklang (68 Prozent), weniger dagegen bei den Arbeitern (49 Prozent). Von den Parteianhängern unterstützen vor allem die der FDP (76 Prozent) die Einführung derartiger Investivlöhne, vergleichsweise zurückhaltend äußern sich die der Grünen (52 Prozent).

